

## Bürgerbeteiligung

### Situation

Die Wähler-Gemeinschaft Niedernhausen steht für eine lebendige, inklusive Demokratie, in der jede Stimme zählt, Entscheidungen transparent sind und Menschen aktiv mitgestalten können. Die WGN lebt dies seit Jahren, Fraktionssitzungen sind allesamt öffentlich und bieten Teilhabe für alle Niedernhausener Bürger. Demokratische Teilhabe ist nicht nur Recht, sondern Verantwortung und maßgeblich für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Es gibt bereits Formate (Bürgerversammlungen, Online-Portale, Bürgerinitiativen), die das Engagement und Interesse zeigen. Unser Fazit: Vorhandenes ist wertvoll, aber unzureichend — ein systematischer Ausbau zur Erhöhung des Anteils an Entscheidungsmitwirkung durch die Bürger und Bürgerinnen ist notwendig.

### Ziele

- **Niedrigschwellige Beteiligung schaffen.** Einführung verpflichtender und dauerhaft verfügbarer digitaler sowie analoger Beteiligungsplattformen auf Gemeindeebene; barrierefreie Zugänge (mehrsprachig, einfache Sprache, assistive Technik).
- **Expertenräte etablieren.** Expertenräte über Parteigrenzen hinweg, bestehend aus Gemeindemitgliedern mit ausgewiesener Expertise, werden von der Gemeindevertretung mit der Ausarbeitung von Konzepten beauftragt.
- **Transparenz und Rechenschaftspflicht.** Öffentliche, leicht zugängliche Protokolle und Entscheidungsgrundlagen für alle Bürgerinnen und Bürger inklusive des Zugangs zu Beschlussvorlagen und Hintergrundinformationen, die derzeit ausschließlich den politischen Mandatsträgern zur Verfügung stehen.
- **Öffentlichen Diskurs fördern.** Bei allen Projekten müssen Entscheidungsvorlagen frühzeitig – auch während der Konzeptphase – öffentlich zugänglich sein um sicherzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger und ihre Vertreter und Vertreter Einfluss nehmen können.
- **Evaluation und Weiterentwicklung.** Jährliche öffentliche Berichte über Beteiligungsqualität und Wirksamkeit; fortwährende Anpassung der Formate zu deren Optimierung.

## Maßnahmen

- Stärkere Einbindung und Gewichtung der Ortsbeiräte in die Entscheidungsfindung der Gemeindegremien. Regelmäßiger persönlicher Austausch zwischen Bürgermeister/in und allen Ortsbeiräten.
- Schaffung mindestens eines Expertenrates zum Thema „Haushaltskonsolidierung“.
- Aufbau eines Verzeichnisses, welches eine Übersicht über alle laufenden und geplanten Projekte ab einem definierten Gesamtvolumen (zunächst > 50.000 €) inklusive entsprechender Straßensanierungsmaßnahmen vorhält.
- Rechtzeitige Veröffentlichung aller Informationen und Beschlussvorlagen für die Gemeindevertretung vor deren Beschlussfassung zur Förderung des öffentlichen Diskurses.
- Bürgerentscheide zu wichtigen Themen, initiiert auch durch die Verwaltung.